Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreiunddreißigster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichs-postanstalten angenommen.
Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Ewald Schulze in Halle.

[Fernsprecherbindung Nr. 176.]

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wochentlich zweimal: Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 125. Halle a. d. Saale, Mittwoch den 15. März 1899.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 14. März. Der Kaiser hörte heute früh die Vorträge des Chefs des Militärkabinets Generals von Hahnke und des Kriegsministers von Goßler. Um 10 Uhr begab sich der Kaiser nach Jäuickendorf, um dort einer Uebung des 1. Eisenbahn-Regiments beizuwohnen. Das Frühstück nahm der Kaiser beim Offiziercorps des Regiments ein. Heute abend gedachten der Kaiser und die Kaiserin einer Einladung des großherzoglich mexikanischen Botschafters Sir Frank Lascelles zu entsprechen und das Diner in dem Botschaftshotel einzunehmen. Am Sonnabend wird der Kaiser einer Einladung des russischen Botschafters, Grafen von der Osten-Sacken, zur Tafel entsprechen. Am Sonntag treffen der Kaiser und die Kaiserin zu Kiel ein und bleiben zwei Tage; am 20. März erfolgt die Einstellung des Prinzen Waldemar, des Sohnes des Prinzen Heinrich, in die Armee; hierzu erscheint eine Abordnung des 1. Garde-Regiments.

Zu Ehren des heutigen Geburtstages des Königs von Italien hatte die italienische Botschaft gestaggt. Graf Lanza empfing die Glückwünsche der hiesigen italienischen Kolonie.

Die Beisetzung des Fürsten und der Fürstin Bismarck in der Grabkapelle bei Friedrichsruh findet, wie schon gemeldet, am Donnerstag, und zwar im kleinsten Kreise, der lediglich von Bismarck selbst bestimmt worden ist, statt; der Kaiser wird, der „Nat.-Ztg." zufolge, der Feier beiwohnen. Der Wahlverein von 1884 in Hamburg ist zur Spalierbildung zugelassen worden. Als besonderes Trauerabzeichen ist eine uniforme Rosette ausgegeben; an einem Eichenbruch ist eine Schleife mit der Inschrift „zur Beisetzung unseres Bismarck" angebracht. Es schweben Erwägungen wegen des Ausfalls der Hamburger Börse am Beisetzungstage. Die Sperre in Friedrichsruh wird sehr streng sein. Die Sarkophage des Fürsten und der Fürstin Bismarck sind am Montag in Friedrichsruh eingetroffen, die einzelnen Stücke in Kisten verpackt, und werden an Ort und Stelle in der Grabeskapelle zusammengesetzt. Fürst Herbert und Graf Wilhelm mit ihren Gemahlinnen, sowie Graf Rantzau treffen heute oder morgen ein. Die Gräfin Rantzau nimmt wegen ihrer Krankheit nicht an der Beisetzung theil.

Ludwig Bamberger †

Gestern mittag um 12 Uhr ist Ludwig Bamberger in Berlin gestorben. Diese unerwartete Trauerkunde wird in allen Schichten des liberalen Bürgerthums tiefe Theilnahme und schmerzliche Empfindungen wecken. Stellt doch des Heimgegangenen Leben wie das weniger anderer einen Wegweiser dar durch die Geschicke und Wandlungen, die dem politischen Streben des deutschen Volkes in dem abgelaufenen halben Jahrhundert beschieden waren. Alle Entwickelungsstufen des öffentlichen Lebens vom Sturmjahre 1848 an hat Bamberger hoffend, warnend, lehrend oder mitthandelnd begleitet, ein Mann von weitem, weltbürgerlichem Sinn und doch ein treuer, warmfühlender Sohn seines deutschen Vaterlandes, ein nüchterner, praktischer Geist und doch in den idealsten Bestrebungen unseres Jahrhunderts aufgehend, vom Tage beständig lernend und doch den Kern seiner Grundsätze auch unter wechselnden Verhältnissen bis zuletzt getreu. Als Fünfundzwanzigjähriger traf ihn noch vollbrachtem Rechtsstudium in seiner Vaterstadt Mainz die Aufregung des tollen Jahres, und das demokratische Feuer, das in jener Südwestecke Deutschlands so besonders hell und glühend loderte, riß auch ihn in die Bewegung hinein. Erst mit der Feder und dann in den Reihen des pfälzischen und badischen Aufstandes stritt er für die deutsche Einheit und bezahlte, wie so viele, mit langen Jahren der Verbannung das mißglückte Streben. Zum Tode verurtheilt, flüchtete er nach der Schweiz, besuchte dann England und die Niederlande und lebte seit 1853 als Leiter eines großen Bankhauses in Paris. Als aber die Amnestie des Jahres 1866 ihm die Rückkehr ins Vaterland eröffnete, hielt es ihn nicht in der Fremde und mit dem Schatze von gewonnenen Erfahrungen und zumal von volkswirthschaftlichen Kenntnissen, trat er schon 1868 als Mitglied des Zollparlaments ins öffentliche Leben ein, um mit frohen Hoffnungen und frischem Muthe an der Neugestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland mitzuarbeiten. Im deutsch-französischen Krieg war Bamberger im deutschen Hauptquartier publicistisch thätig. Seit 1873 vertrat er im Reichstag den Wahlkreis Bingen-Alzey, den Errungenschaften der neuen Zeit so völlig zugewandt, daß er zum Befremden mancher früheren Gesinnungsgenossen der nationalliberalen Partei sich anschloß, in der er namentlich in volkswirthschaftlichen und finanziellen Dingen einen maßgebenden Einfluß ausübte, wie er vor allem in der Frage der Goldwährung als deren Vorkämpfer in erster Reihe stand. Als überzeugter Anhänger freihändlerischer Grundsätze bekämpfte er seit 1879 mit Nachdruck die veränderten Wege Bismarcks in der Zoll- und Handelspolitik, schied infolgedessen aus der nationalliberalen Partei und bildete mit seinen Freunden die Gruppe der Sezessionisten. 1884 trat er der deutsch-freisinnigen Partei bei, bei deren Spaltung 1893 er der freisinnigen Vereinigung folgte, sich aber nicht wieder um ein Mandat bewarb. Seitdem hat Bamberger, vielfach von Kränklichkeit heimgesucht, gleichwohl regen Geistes litterarisch die liberalen Grundsätze auf wirthschaftlichem Gebiete weiter vertreten und an allen öffentlichen Vorgängen nach wie vor lebhaften Antheil genommen.

Die Kanalvorlage.

Dem Landtage ist gestern die Gesetzesvorlage zugegangen, welche die seit Jahrzehnten viel besprochene und erstrebte Kanalverbindung vom Rhein nach der Weser und Elbe verwirklichen soll. Welchen Werth die Regierung auf die Vorlage legt, geht daraus hervor, daß an der Spitze des nichtamtlichen Theiles im „Reichs-Anzeiger" die zwingende Nothwendigkeit dieser Kanalanlage nachgewiesen wird.

„Der für Schiffe von 600 bis 750 t berechnete Kanal soll in der Nähe von Ruhrort den Rhein verlassen und im Emscherthal bis Herne aufsteigen, um von da bis Bevergern den Dortmund-Emskanal, welcher einige Ergänzungsanlagen erhalten müßte, zu benutzen. Von Bevergern aus wird er die Weser bei Minden überschreiten und über Hannover die Elbe etwas unterhalb Magdeburg erreichen. Die Baukosten sind — einschließlich derjenigen für acht Seitenkanäle nach Osnabrück, Minden, Linden, Wülfel, Hildesheim, Lehrte, Peine und Magdeburg — auf rund 261 Millionen Mark veranschlagt; hierin sind auch die Kosten für die durch Entnahme von Speisungswasser aus der Weser bei Minteln bedingte Kanalisirung dieses Flusses von Hameln bis Minden inbegriffen, während von Minden bis Bremen wahrscheinlich der bremische Staat auf seine Rechnung die Weserkanalisirung fortsetzen wird.

Die Staatsregierung ist, so sagt der „Reichs-Anzeiger", nach langen und sehr gründlichen Erwägungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein solcher Kanalbau für die Sicherung der wirthschaftlichen Zukunft des Staatsgebietes nothwendig ist. Dann wird eingehend nachgewiesen, wie sehr der Kanal sowohl der Industrie wie der Landwirthschaft nütze. Es ist nun zu wünschen, daß dieser Ueberzeugung auch die Energie der Regierung bei der parlamentarischen Vertretung der Vorlage entspreche.

Cecil Rhodes in Berlin.

Der Aufenthalt von Cecil Rhodes in Berlin ist nicht ergebnißlos gewesen. Der „Köln. Ztg." wird, anscheinend offiziös, aus Berlin telegraphirt:

„Will Cecil Rhodes das deutsche Hinterland von Ostafrika durch eine Eisenbahn mehr als bisher erschließen, so müssten wir nicht, was deutscherseits dagegen eingewendet werden könnte, sofern die deutschen Oberhoheitsrechte ausreichend gewahrt werden. Wir halten es nicht für wahrscheinlich, daß bei den jetzigen Unterredungen mehr als eine allgemeine Aussprache herauskommen wird. Von beiden Seiten werden die Grenzpfähle gesteckt worden sein, innerhalb deren die Grundzüge für eine sachliche Verständigung festgelegt werden können. Aber schon ein solches Festlegen der Grenzpfähle betrachten wir als einen willkommenen Vorgang, denn im wirthschaftlichen Leben ist zwar schließlich der gegenseitige Wettbewerb unvermeidlich, aber eine Verständigung über die gemeinsamen Interessen um so erwünschter."

Nach dem „B. T." ist zwischen dem Deutschen Reich und Cecil Rhodes ein Kontrakt über eine Telegraphenlinie abgeschlossen worden. Dieselbe betrifft aber nur Deutsch-Ostafrika, nicht auch, wie behauptet worden ist, Südwestafrika. Der Kontrakt über die Eisenbahnanlage durch Deutsch-Ostafrika steht ebenfalls vor seinem Abschluß, es sind nur noch einzelne Detailfragen zu regeln.

Die Samoafrage.

Telegraphischer Meldung aus Washington zufolge wäre nach wiederholten eingehenden Besprechungen und längerem Notenwechsel des Staatssekretärs Hay mit dem britischen und deutschen Botschafter zwischen den drei in Frage kommenden Mächten eine befriedigende Verständigung über die Zustände in Samoa erzielt.

Parlamentarisches.

** **Berlin**, 14. März. Die zweite Lesung der Militärvorlage im Reichstage hatte heute den Sitzungssaal, die Bundesrathsestrade und die Tribünen bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Reichskanzler wohnte der Sitzung selbst bei, neben dem preußischen Kriegsminister waren auch der sächsische und der württembergische erschienen. Ohne weitere Debatte wurde § 1 angenommen, der das geltende Militärgesetz, welches am 1. April abläuft, bis zum 1. Oktober d. J. verlängert. Dann wurde sofort der kritische § 2 der Vorlage berathen, der die Friedenspräsenzstärke auf 502,506 Köpfe festlegt. Der nach den Centrumsanträgen gefaßte Kommissionsbeschluß lautet auf 495,500 Gemeine; nach der Vorlage soll diese Zahl im Jahre 1902, nach der Kommissionsfassung im Jahre 1903 erreicht werden. Als Referent der Kommission legte Abg. Bassermann die Situation nochmals dar, und die gesammten Verhandlungen der Kommission, mit dem Ergebniß, daß er das Haus um Annahme der Vorlage bitten müsse. Der Kriegsminister General v. Goßler trat dann mit einem längeren Vortrage dafür ein, in allen Punkten die Vorlage wiederherzustellen. Er erklärte bestimmt, daß er nicht in der Lage sei, eine geringere Kopfzahl für die Infanterie zu verantworten, als sie die Vorlage fordert; die Militärverwaltung werde auf jeden Fall, für 5 Jahre mit diesen Ziffern zu rechnen. Nun folgten zwei Erklärungen; die erste gab namens der nationalliberalen Fraktion Abg. Dr. Sattler ab. Sie lief darauf hinaus, daß die Nationalliberalen für die Regierungsvorlage stimmen würden. Die Erklärung des konservativen Abg. v. Levetzow bewegte sich in derselben Richtung. Darauf rechtfertigte Abg. Dr. Lieber in längerer Rede den Standpunkt seiner Partei. Mit der Hoffnung auf eine friedliche Lösung schloß sich die Reichspartei durch den Abg. v. Kardorff den Nationalliberalen und Konservativen an, worauf der süddeutsche Volksparteiler F. Haußmann gegen die ganze Vorlage und die Kommissionsbeschlüsse sprach und der Abg. Richter auf bevorstehende konstitutionelle Kämpfe verwies. Weiter erklärte sich der bayrische Bauernbündler Lanzinger lakonisch gegen die Vorlage, der Littbauer Smalakys dafür; Abg. Frese erklärte namens der Freisinnigen Vereinigung, daß sie zunächst für die Vorlage, dann für die Kommissionsfassung sei. Für die Vorlage erklärten sich dann noch die Antisemiten. Dazwischen wandten sich der Reichskanzler gegen Haußmann und der Kriegsminister v. Goßler gegen Richter. Darauf wurde über § 2 abgestimmt und in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 141 Stimmen die Regierungsvorlage, dann gegen Centrum, Polen, Welfen und Freisinnige Vereinigung die Kommissionsfassung abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wurde dann ohne weiteres angenommen. Am Donnerstag findet die 3. Lesung statt.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute zunächst in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Erweiterung von Kassel und in dritter Lesung die Vorlage über den Ankauf der Bernsteinwerke der königsberger Firma Stantien und Becker; dann ging das Haus zum Kultusetat über und erledigte zunächst die Titel: Zuschüsse zur Besoldung der Lehrer und Beamten an den nicht höheren Lehranstalten zugleich mit dem zweiten Nachtrag zum Normal-Etat vom 4. Mai 1892 betr. die Besoldung der Lehrer und Leiter höherer Schulen. Abg. Dr. Friedberg bedauerte, daß die Regierung einen schweren Fehler gemacht, indem sie die Lehrer an den staatlichen und nichtstaatlichen Lehranstalten den Lehrern an Volksanstalten und Nicht-Vollanstalten nicht gleichgestellt habe, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Staatsregierung im nächsten Jahre Veranlassung nehmen werde, die Härten auszugleichen. Auf den Antrag des Abg. v. Pappenheim wurde beschlossen: die Remunerationen, die Oberlehrern für Hilfeleistungen bei den schriftlichen Arbeiten der Direktoren zugedacht sind, auch anderen Lehrern zugängig zu machen. Beim Kapitel „Volksschulen" brachte Frhr. v. Heereman die bekannten Schulbeschwerden der Centrumsfraktion vor und verlangte nochmals die Beseitigung des Falkschen Schulerlasses vom Jahre 1876. Der Kultusminister wiederholte, daß der Staat Herr in der Schule bleiben müsse, und nahm für den Staat nachdrücklich in Anspruch, insbesondere auf dem Gebiete der Schulaufsicht und deren Uebertragung an Geistliche maßgebend zu entscheiden. Im weiteren Verlaufe der Debatte regte Dr. Böttinger eine Besserstellung der Seminarlehrer an und die Umwandlung der Hälfte der Seminarlehrerstellen in Oberlehrerstellen. Der polnische Abg. Glowatzki verlangte darauf im Sinne der bekannten Kundgebung des oberschlesischen Klerus weitgehende Einführung des polnischen Sprachunterrichts an den polnischen Schulen. Der Kultusminister lehnte dies mit dem Hinweis auf die großpolnische Bewegung in Oberschlesien ab.

** **Berlin**, 14. März. In der Budgetkommission des Reichstages sollten heute vormittag zunächst die Etatsänderungen in der Organisation des Reichsheeres, die durch die Beschlüsse über die Militärvorlage sich ergeben, festgesetzt und in den Militäretat eingefügt werden. Auf Wunsch des Kriegsministers v. Goßler wurde aber dieser Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt. Die Kommission beschäftigte sich darauf mit Petitionen. Durch Uebergang zur Tagesordnung wurden erledigt Petitionen, betr. die Ermäßigung der Portosätze für Weinproben und wegen Einführung der Abonnementskarten auf den Reichseisenbahnen, ebenso Petitionen der Kanzleisekretäre der dem Reichsamt des Innern angegliederten Reichsbehörden, sowie Petitionen der Botenmeister und Kanzleidiener von Reichsbehörden um Gehaltsaufbesserung. Darauf stand noch die zum Kapitel „Postassistenten" beim Postetat vom Abg. Müller-Sagan beantragte Resolution zur Debatte: „Die Regierung aufzufordern, durch den Etat für das Jahr 1900 eine Regelung der Gehaltsskala der Oberpostassistenten und der ihnen im Range gleichstehenden Beamten herbeizuführen, daß denselben der Steigerungssatz von 300 M., der ihnen heute am Schlusse ihrer Thätigkeit gewährt wird, bereits früher zu theil werde." Direktor Aschenborn bittet, die Resolution abzulehnen, da sie Konsequenzen für andere Beamtenklassen, besonders für Eisenbahnbeamte, haben würde. Man möge mit der Versicherung der Regierung sich begnügen, welche geneigt sei, zu gegebener Zeit den betreffenden Beamtenklassen entgegenzukommen. Singer und Müller-Sagan treten für die Resolution ein, mit dem Hinweis, daß es nicht nützlig sei, daß das Reich stets Rücksicht auf Preußen nehme. Abg. Gröber (C.) ist auch für die Resolution, es müsse schärfer vorgegangen werden, da der Bundesrath den Resolutionen des Reichstags zu wenig Beachtung schenke. Abg. Graf Roon will statt „für das Jahr 1900" das Wort „baldthunlichst" setzen. Der Antrag wird abgelehnt und die unveränderte Resolution mit großer Mehrheit angenommen.

** **Berlin**, 14. März. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde heute über zwei Positionen der einmaligen Ausgaben des Kultusetats verhandelt. Zu einem Erweiterungsbau der Technischen Hochschule in Charlottenburg werden 1,300,000 M. verlangt, davon als erste Rate 400,000 M. Die heutigen Einrichtungen der Anstalt genügten nicht mehr, es fehle an größeren Auditorien, an Zeichensälen und Sammlungsräumen. Die Forderung wurde dem Antrage des Referenten entsprechend bewilligt. Zur Begründung einer Technischen Hochschule in Danzig, deren Errichtung etwa 5 Millionen kosten soll, werden als erste Rate 340,000 M. gefordert. In der Kommission wurde allseitig die Nothwendigkeit dieser Hochschule betont und das Entgegenkommen der danziger Stadtverwaltung anerkannt. Die Forderung wurde dementsprechend bewilligt.

* Die umfangreichen Arbeiten, mit denen sich das Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten seit längerer Zeit zur Anbahnung einer gesetzlichen Reform des Fideikommißwesens in Preußen befaßt, sind so weit gediehen, daß die Aufstellung der Grundzüge eines Gesetzes über Familienfideikommisse erfolgen könnte. Der Gesetzentwurf nebst Begründung ist zunächst den betheiligten Provinzialbehörden zur Begutachtung überlandt worden. Wann die Staatsregierung in der Lage sein wird, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen, läßt sich bei der großen Schwierigkeit der Materie zur Zeit noch nicht übersehen.

Weimar, 14. März. Der Landtag nahm die Abänderung des Steuergesetzes an, wonach die Einkommen bis 400 M. steuerfrei sein sollen, und die Besteuerung der Einkommen bis 3600 M. wesentlich ermäßigt wird.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Der Geh. Ober-Reg.-Rath Guenther ist, der „Kreuzztg." zufolge, zum Regierungspräsidenten in Stettin für den in den Ruhestand tretenden Regierungspräsidenten v. Sommerfeld bestimmt.

* Der Oberpräsidialrath Frhr. v. Schorlemer, der seine Stellung in Breslau erst kürzlich angetreten hat, soll vom

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990315017/fragment/page=0001

1. April ab einen Urlaub auf die Dauer eines Jahres erhalten haben und wird auf seinen breslauer Posten nicht zurückkehren.

• Wie nach der „Bresl. Ztg." verlautet, will die berliner Polizei am Sonnabend, den 18. März, die Gräber der Märzgefallenen im Friedrichshain absperren und keinerlei Besuch oder Kranzspenden zulassen. Die Maßnahme soll mit der Rücksicht auf die öffentliche Ordnung motivirt werden. (?)

• Die bedingte Verurtheilung soll nun auch in Lippe-Detmold zur Einführung gelangen. Ein Erlaß des Graf-Regenten bezeichnet es als dessen Willen, dem Theile der Jugend, der sich nur durch Unbesonnenheit minder schwere Verfehlungen gegen das Strafgesetz hat zu schulden kommen lassen, besondere Fürsorge in der Art zuzuwenden, daß dem rechtskräftig Verurtheilten in geeigneten Fällen gnadenweise ein stets widerruflicher Strafaufschub gewährt werden soll mit der Aussicht darauf, daß nach guter Führung innerhalb dieser Bewährungsfrist Strafmilderung oder Straferlaß verfügt wird. Voraussetzung einer solchen Gnadenerweisung ist, daß der Verurtheilte zur Zeit der That das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, noch zu keiner Freiheitsstrafe verurtheilt war, und die gegen ihn erkannte Strafe die Dauer von drei Monaten nicht überschreitet. Ausnahmsweise kann auch bei dem Fehlen der einen oder der anderen Voraussetzung in besonderen Fällen Strafaufschub mit der Aussicht auf spätere Milderung oder den Erlaß der Strafe verfügt werden.

Volkswirthschaftliches.

• Ueber eine andere Verzollung amerikanischer Wurst schweben gegenwärtig Erwägungen. Es ist bekannt, daß seit einiger Zeit die amerikanischen Wurstfabriken, um den Absatz nach Deutschland zu erleichtern, vielfach dazu übergegangen sind, Dauerwurst (Cervelatwurst) nach deutscher Art herzustellen. Der Verbrauch dieser amerikanischen Cervelatwurst ist auch, wie die „Allg. Fleischer-Zeitung" konstatirt, thatsächlich in Deutschland zum großen Nachtheil unserer Wurstfabrikation in stetigender Zunahme begriffen. Dieser amerikanischen Cervelatwurst dürfte nun das Geschäft in Deutschland wenigstens etwas erschwert werden. Unser Zolltarif unterscheidet nämlich zwischen „gewöhnlicher Wurst" und „Wurst für den höheren Tafelgenuß", und an zuständiger Stelle ist man, wie das genannte Fachblatt erfährt, der Meinung, daß die amerikanische Dauerwurst infolge ihrer veränderten Zusammensetzung und Herstellung aus der Rubrik „gewöhnliche Wurst" in die Rubrik „Wurst für den höheren Tafelgenuß" versetzt werden müsse. Mit einer solchen Versetzung ist aber eine Erhöhung des vertragsmäßigen Zollsatzes von 17 M. auf 60 M. für 100 kg verbunden. Dringt diese Ansicht durch, so müßten also in Zukunft für 100 kg dieser Dauerwurst 43 M. mehr Zoll bei der Einfuhr entrichtet werden.

• Der VII. Verbandstag des Bundes der Fleischbeschauer wurde im Anschluß an den Allgemeinen Fleischbeschauertag gestern in Berlin abgehalten. Der wichtigste Punkt war ein Antrag Danzig, betr. die Aufnahme der Frauen in den Bund, der heftige Debatten hervorrief. Die Zulassung der Frauen wurde gutgeheißen. Weiterhin beschäftigte man sich mit der Stellung der Fleischbeschauer als Beamten und der event. Entschädigungspflicht bei Ausbruch einer Trichinosis. Die Versammlung schloß sich in diesem Punkte der Resolution des Allgemeinen Fleischbeschauerkongresses an, die die Anerkennung der Fleischbeschauer als Beamte befürwortet. Es folgten dann die Vorstandswahlen. Als Ort für den nächsten Verbandstag wurde Mühlhausen (Thüringen) bestimmt.

Heer und Flotte.

• Das „Marine-Verordnungsblatt" veröffentlicht eine Kabinetsordre betreffend die Neuorganisation der oberen Marinebehörden. Der Kaiser führt den Oberbefehl über die Marine selbst wie über die Armee. Daher fällt das Oberkommando der Marine fort. Der bisherige Stab des Oberkommandos wird selbständig mit der Bezeichnung „Admiralstab der Marine"; der Chef untersteht dem Kaiser unmittelbar. Der Admiralstab bearbeitet außer den Admiralstabsgeschäften die militärpolitischen Angelegenheiten der im Auslande befindlichen Schiffe. Die Kabinetsordre verkündigt die Ernennung eines Generalinspecteurs der Marine und regelt ferner einzelne Zuständigkeitsfragen. Durch Kabinetsordre vom gestrigen Tage ist Admiral Köster, Chef der Marinestation der Ostsee, unter Belassung in dieser Stellung gleichzeitig zum General-Inspecteur der Marine, und Contre-Admiral Bendemann, bisher Chef des Stabes des Oberkommandos der Marine, zum Chef des Admiralstabes der Marine ernannt.

• Der bayerische Kriegsminister Freiherr v. Asch sowie der Chef des Ingenieurcorps und Inspecteur der Festungen, Generallieutnant Ritter v. Popp, wurden zu Generalen der Infanterie befördert.

Kolonialangelegenheiten.

• Gegen den Afrikareisenden Dr. Esser, der in letzter Zeit durch seine Audienz beim Kaiser und die sich daran anknüpfenden Erörterungen über seine Forschungsreisen viel von sich reden gemacht hat, soll ein militärisches Ehrengericht auf Entfernung aus dem Heere entschieden haben.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

56. Sitzung vom 14. März. 1 Uhr.

Das Haus ist stark besetzt.

Am Bundesrathstisch: Kriegsminister Generallieutnant von Goßler, Staatssekretär Graf Posadowsky.

Das Haus zeigt sich lebhaft bewegt. Die Tribünen sind gefüllt. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Militärvorlage.

Den Bericht der Kommission erstattet Abg. Baffermann.

§ 1 wird mit großer Mehrheit ohne Debatte angenommen.

§ 2 setzt die Friedenspräsenzstärke so fest, daß sie im Laufe des Jahres 1903 (1902) die Zahl von 495,500 (502,506) Gemeine, Gefreite ꝛc. erreicht und in dieser Höhe bis 1904 bleibt. Die Vermehrung wird danach ca. 23,000 Mann betragen, die Kommission hat nur 16,000 Mann mehr bewilligt, 7000 gestrichen.

Präsident Graf Ballestrem unterbricht den Vortrag des Berichterstatters mit folgender Bemerkung: Meine Herren! Bei der erfreulich starken Besetzung des Hauses bitte ich, etwas mehr Ruhe als gewöhnlich bethätigen zu wollen. (Heiterkeit.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe betritt um 2 Uhr den Saal.

Der Präsident theilt nach Schluß des über eine Stunde währenden Referats mit, daß Abg. Graf Bismarck-Bohlen nebst 50 Abgeordneten mehrere Anträge auf namentliche Abstimmung gestellt haben.

Kriegsminister General v. Goßler: Bei der ersten Berathung habe er die Erwartung ausgesprochen, daß in der Kommission eine Einigung gelingen werde. Zum großen Theil haben die Beschlüsse der Kommission zu einem erfreulichen Resultat geführt, aber es seien auch Aenderungen eingetreten, wesentliche und minder wichtige. Betreffs der Jahreszahl würden kaum Bedenken entstehen können. Bezüglich der Kavallerie würde er bringend bitten, die Regierungsforderung wiederherzustellen. Bezüglich der jährlichen Festsetzung der Mannschaftsstärke hoffe er, daß dadurch keine Beschränkung der Kommandogewalt beabsichtigt sei. Entscheidend sei aber, daß die Präsenzstärke um 7000 Mann herabgesetzt sei. Er habe in der Kommission erklärt, daß er für seine Person an der Regierungsvorlage festhalte. Es seien inzwischen Berechnungen angestellt worden über die von der Kommission gewählte Zahl der Truppen, ob diese Pauschsumme genüge, allen Heeresthellen die nothwendige Vervollkommnung zu gewähren. Die jetzige Bataillonsstärke sei unzureichend, oft in unerträglicher Weise. Abhilfe müsse geschaffen werden, um so mehr, als auch die Wirkung der zweijährigen Dienstzeit hier in Betracht komme. Er nehme an, daß es möglich sein werde, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, er würde jedenfalls die Annahme der Kommissionsbeschlüsse der Regierung nicht empfehlen können. Er hoffe, daß der Patriotismus des hohen Hauses den richtigen Weg beschreiten werde. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Sattler (nl.): Er erinnere daran, daß wir uns noch in der zweiten Lesung befinden. Seine Partei behalte sich gegenüber den Kommissionsbeschlüssen bis zur dritten Lesung ihre definitive Entscheidung vor. Er glaube nicht, daß dem Reichstage das letzte Urtheil in der Frage der Heeresverstärkung zustehe (Widerspruch links), diese Bestimmung stehe allein der Heeresverwaltung zu, welche die Verantwortung trage. Seine Partei werde deshalb in der zweiten Lesung für die volle Regierungsvorlage stimmen; würde die Regierung bis zur dritten Lesung erklären, daß sie mit der von der Kommission bezeichneten Präsenzziffer auskommen könne, so würde seine Partei dann für diese stimmen. (Heiterkeit.) Er hoffe, daß Reichstag und Regierung in dieser schwierigen Frage zu einer Einigung kommen werden. (Beifall.)

Abg. v. Levetzow (kons.): Jede neue Belastung mit Heeresvermehrung werde schwer empfunden werden, um so mehr, als man eigentlich auf diese Vorlage nicht gefaßt sein konnte. (Sehr richtig!) Trotzdem müsse das Prinzip der Vertheidigung des Vaterlandes den Ausschlag geben. Ein Theil seiner Freunde habe anfangs Bedenken gehabt gegen einige Theile der Vorlage, die aber jetzt beseitigt seien. Es sei vom Kriegsminister nachgewiesen, daß die Erhöhung der Präsenzstärke und speziell der Etatsstärke der Bataillone unabweisbar sei. Seine Freunde und er werden für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen. Sollte dieselbe abgelehnt werden, so seien seine Freunde nicht in der Lage, sich für jetzt auf die Kommissionsbeschlüsse zurückzuziehen. In militärischen Fragen müsse man den militärischen Sachverständigen vertrauen, „denn da verstehen wir alleanmmt gar nichts". (Heiterkeit.) Das Parlament könne nicht die Verantwortung für eine unzureichende Vertheidigung tragen. Die definitive Entscheidung der Regierung, ob sie mit dem Abstrich von 7000 Mann auskommen könne, müsse abgewartet werden.

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Die Erklärungen des Herrn von Levetzow und des Herrn Dr. Sattler bringen die Sache auf einen unrichtigen und unsicheren Boden. Danach solle nur die verantwortliche Heeresleitung fragen können, was nothwendig sei. Es komme doch auch die Leistungsfähigkeit des Volkes in Betracht. Die Abhängigkeit von Sachverständigen scheine die Krankheit des Endes des Jahrhunderts zu sein. Ginge es nach den beiden Herren, hätte der Reichstag zu allen Militärforderungen und vielleicht zu allen Regierungsvorlagen einfach „Ja" zu sagen. Dem Herrn Berichterstatter statte er für sein erschöpfendes Referat seinen besonderen Dank ab. Herr Bassermann habe in der Kommission auch einen von der Regierungsvorlage abweichenden Antrag gestellt. Was sage Herr Dr. Sattler zu dieser Zuchtlosigkeit? (Heiterkeit.) Dem Reichstage werde die kläglichste Rolle zugemuthet, nur zuzustimmen, während die Regierungen den Beschlüssen des Reichstages so wenig Beachtung schenken. Die Frage sei zu einer prinzipiellen geworden. Es handle sich darum, ob wir durch das caudinische Joch gehen wollen oder nicht. (Hört! hört!) Die Frage hätte nicht wieder auf das patriotische Gebiet hinübergespielt werden sollen. Für die militärisch-technischen Forderungen sei die Militärverwaltung verantwortlich, für die finanziellen Folgen schon das Reichsschatzamt, für die Frage der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes in finanzieller und personeller Hinsicht sei die Volksvertretung verantwortlich. Die drei Faktoren müßten nun stets suchen, möglichst eine Einigung zu erzielen. Die Forderungen der Regierung müßten vom Reichstag stets auf die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes hin geprüft werden. Wenn der Eimer voll sei, genüge ein einziger Tropfen, um ihn überlaufen zu machen. Redner zählt dann auf, was in den letzten Jahren für Heeresvermehrung, Flotte, Artillerie vom Reichstage bewilligt worden sei. Es frage sich, ob hierdurch die Leistungsfähigkeit des Volkes nicht erschöpft sei. Die Flottenvermehrung beanspruche viel Menschen, auf dem Lande herrsche überall Leutenoth. Er pflichte dem Herrn Kriegsminister bei, daß, wo es sich um die Vertheidigung des Vaterlandes handle, Parteierwägungen nicht in Frage kommen. Diese Vertheidigung sei auch mit dem Abstrich der Kommission durchaus möglich. Sollte nachgewiesen werden, daß bei der Kommissionspräsenzziffer die Vertheidigung oder die zweijährige Dienstzeit gefährdet sein würde, würde man bei späterem Anlaß die Frage der Heeresstärke erneut nachzuprüfen haben. (Hört, hört!) Redner erörtert dann, durch welche Berechnungen das Centrum zu seinen bekannten Anträgen gekommen sei und meint, er begreife nicht, wie es über eine so verhältnißmäßig geringe Differenz zu einem Konflikt kommen sollte, so daß sogar von einer Auflösung des Reichstages gesprochen werde. Im Jahre 1893 wurde ein Antrag v. Huene, der 12,000 Mann abstreichen wollte, von allen Seiten mit Freuden begrüßt. Man sage nun, man möge das Quinquennat ablaufen lassen, dann trete die Verfassungsbestimmung in Kraft, daß die Friedenspräsenzstärke 1 Proz. der Bevölkerung betragen solle. Das sei der reine Unsinn. Diese Bestimmung von 1 Proz. gelt nur, so lange kein besonderes Gesetz über die Friedenspräsenzstärke existirte. Heute haben wir außerdem schon 67,000 Mann über 1 Proz. der Bevölkerung. Redner verbreitet sich dann über einzelne Punkte, tritt für die Vermehrung der Jäger zu Pferde ein und betont sodann, daß das Centrum heute an den Kommissionsbeschlüssen festhalte. Er warne davor, eine Krisis heraufzubeschwören, an der seine Freunde jedenfalls nicht schuld seien. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Es sei seinen Freunden nicht leicht geworden, für diese neue Vermehrung des Heeres einzutreten angesichts der Leutenoth auf dem Lande. Im Interesse der Vertheidigung des Vaterlandes werden seine Freunde aber für die Regierungsvorlage stimmen, behalten sich aber ihre definitive Entscheidung bis zur dritten Lesung vor. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß bis dahin die eingetretenen Differenzen beigelegt sein werden. Man könnte die Präsenzziffer auch vermehren durch Einschränkung der Abkommandirungen, Wachtposten für civile Zwecke ꝛc.

Abg. Haußmann-Böblingen (südd. Vp.): Die Bedenken seiner Freunde gegen die Vorlage seien weder in der Kommission noch im Plenum widerlegt worden, die Heeresvermehrungen müßten doch einmal eine Grenze haben, die Ausgaben für Heer und Marine seien enorm gewachsen, speciell der Pensionsetat. Die Vermehrung des Heeres sei unwöthig, einen Vortheil hätten davon nur Adel und Militär, deren Söhne die Offizierstellen bekommen. Die Landwirthschaft an sich habe Schaden, da sie schon jetzt über Leutenoth klage. Er verlange, daß endlich die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt werde. Der Abg. Sattler habe sich zu dem Grundsatz bekannt, daß die Volksvertretung nicht die Entscheidung zu fällen, sondern einfach dem „Sie volo, sic jubeo; stat pro ratione voluntas" zu folgen habe. Zwischen dieser Forderung und der Thronrede, zwischen den Kämpfen im Innern und der Beschickung der Friedenskonferenz bestehe ein Widerspruch, den das Volk nicht verstehe.

Abg. Lanzinger (bayr. Bbd.) betritt die Tribüne und erklärt dann in zehn Worten, daß er gegen die Vorlage stimmen werde. (Heiterkeit.)

Abg. Szalatkys (Litthauer) verliest seine Rede unter Heiterkeit des Hauses und erklärt, daß er für die Vorlage stimmen werde. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter (freis. Vp.): Da weder die Regierung noch das Centrum heute eine definitive Stellung eingenommen hätten, wolle er sich heute nur auf einige Bemerkungen beschränken und im übrigen die dritte Lesung abwarten. Es sei auffallend, daß es bei uns immer so leicht zu Militärkonflikten komme selbst bei kleiner Differenz wie der jetzigen, wo es sich nur um 7000 Mann handle. Herr v. Levetzow habe wieder auf das Ausland verwiesen, England, Frankreich, Italien, aber er überlehe, daß dort die Regierung aus der Mehrheit des Parlaments hervorgehe und deshalb keine Vorlagen mache, die denselben nicht genehm seien. Der Reichstag solle aber nur zum Echo der Regierung gemacht werden, der auf Wunsch mit Ja oder Nein antworte. Eine solche unwürdige Stellung weisen ihm die Herren v. Levetzow und Dr. Sattler an. Die Sachverständigen könnten doch nicht immer maßgebend sein, die Regierung vertrane auch wichtige Ressorts Nichtfachleuten an, z. B. die Reichspost Herrn Generallieutnant v. Podbielski, das Kolonialamt Herrn Oberlandesgerichtsrath v. Buchka (Heiterkeit). In den Regierungsanschauungen mache sich auch ein großer Wechsel bemerkbar, der sich auch auf militärische Einrichtungen erstrecke. Er erinnere nur an die Halbbataillone. Solange die Jäger-Escadrons in Frage standen, habe man die Kosakenschwärme an die Wand gemalt, nachdem diese bewilligt waren, drückte man auf die Infanterie und verwies auf die Ueberlegenheit Frankreichs. In der Kommission machte der Kriegsminister den Eindruck, als wenn er mit den Centrumsanträgen einverstanden sei, er hatte seine ganzen Berechnungen schon darauf basirt. Am Donnerstag trat dann plötzlich die große Wendung ein, die die Regierung auf ihrer Vorlage beharren ließ. Wir haben es hier wieder mit einer jener Plötzlichkeiten zu thun, die von unverantwortlicher Seite so oft hervorgerufen werden. Wenn der Reichstag unbesehen bewilligen solle, sei der Militärabsolutismus nicht fern und der Reichstag nichts als eine Geldbewilligungsmaschine. Es wäre doch eine sonderbare Demonstration, wenn der Reichstag wegen der 7000 Mann aufgelöst würde, das sei auch nur der Vorwand, der Hauptgrund sei, einen gefügigeren Reichstag zu bekommen, der die Zuchthausvorlage und andere annehme, daß Raum geschafft werde für ein autokratisches selbstherrliches Regiment an Stelle eines selbständigen Parlamentarismus. (Beifall links.)

Abg. Frese (Freis. Vg.): Seine Partei stimme in erster Linie für die Regierungsvorlage, in zweiter Linie für die Kommissionsbeschlüsse, behalte sich aber ihre definitive Entscheidung vor.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Er weise die Behauptung mit aller Entschiedenheit zurück, als wenn an maßgebender Stelle bei dem Beharren auf der Vorlage andere Rücksichten maßgebend seien, als die Sorge für die Sicherheit des Reiches. An maßgebender Stelle sei man sich der vollen Verantwortung wohl bewußt. Im übrigen habe Herr Haußmann mit Gemeinplätzen operirt, er hätte sich in der Kürze Herrn Lanzinger zum Muster nehmen sollen. (Heiterkeit.)

Abg. Bebel (Soz.): Seine Partei stimme heute gegen die Regierungsvorlage und gegen die Kommissionsbeschlüsse. (Heiterkeit.) Das deutsche Volk könne keine höheren Militärlasten tragen.

Kriegsminister v. Goßler: Er habe in der Kommission durchaus keine Freude über die Beschlüsse zur Schau getragen, sondern das Festhalten an der Regierungsvorlage erklärt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antis.): Seine Partei könne den Kommissionsbeschlüssen nicht zustimmen, sie werde unter allen Umständen auch in dritter Lesung an der Regierungsvorlage festhalten. (Heiterkeit.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Dr. Sattler, Haußmann, Richter.

Um ½6 Uhr beginnt die namentliche Abstimmung über die Präsenzziffer. Das Resultat derselben ist folgendes: Gestimmt haben 350 Abgeordnete, davon für die Regierungsvorlage (512,506 Mann) 141, gegen dieselbe 209 Abgeordnete. Die Regierungsvorlage ist also abgelehnt; für dieselbe stimmten Konservative, Reichspartei, Nationalliberale, Antisemiten, ein Theil der Freisinnigen Vereinigung, dagegen das Centrum, Freisinnige Volkspartei, Sozialdemokraten ꝛc. — Hierauf wird auch der Kommissionsbeschluß auf Bewilligung von 16,000 Mann abgelehnt, da nur das Centrum und die Freisinnige Vereinigung dafür stimmen.

Präsident Graf Ballestrem: Der § 2 ist also ganz abgelehnt. Ich konstatire, daß das Haus hiermit einverstanden ist. (Heiterkeit.)

Die Verhandlung über §§ 3 und 4 wird begonnen, aber abgebrochen, nachdem Abg. Dr. Lieber darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich auf § 2 stütze.

Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen, desgl. Resolutionen betr. Nachweisung der für Civilzwecke verwendeten Mannschaften und Einschränkung der die militärische Ausbildung beschränkenden Beschäftigungen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Dritte Lesung der Militärvorlage und zweite Lesung einiger Etatsreste.

Schluß 6¼ Uhr.

Ausland.

Frankreich.

In dem gestern im Elysée stattgehabten Ministerrath legte auf Wunsch des Präsidenten der Republik der Justizminister Lebret ein Dekret zur Unterzeichnung vor, durch welches alle diejenigen Personen begnadigt werden, welche am 18. Februar J. und an den darauf folgenden Tagen wegen aufrührerischer Rufe von dem Polizeigericht zu Geldstrafen verurtheilt wurden. Der Gnadenakt kommt mehr als 250 Verurtheilten zu gute.

Bei der gestrigen Trauerfeier für den verstorbenen Nuntius Ciarri in der Notre-Dame-Kirche zu Paris war als Vertreter der Regierung der Minister des Auswärtigen Delcassé anwesend. Ferner waren das gesammte diplomatische Corps, mehrere Bischöfe, zahlreiche hochgestellte Persönlichkeiten und viele Geistliche zugegen. Die Leiche wird nach Italien gebracht werden.

Der Kassationshof beschloß, den Kriegsminister Freycinet um Uebermittelung des geheimen Aktenstückes betr. Dreyfus zu ersuchen. Die Uebermittelung wird in nächster Zeit erfolgen.

Es verlautet bestimmt, Freycinet werde Pelleux, Gonse und Boisdeffre vor den militärischen Untersuchungsrath stellen. Letzterer wird die Frage entscheiden, ob gegen die genannten Generale blos ein Disciplinarverfahren oder ein Kriegsgericht eingeleitet werden soll.

Déroulède erlebt den Schmerz, nicht so ernst und wichtig genommen zu werden, wie er gern möchte. Er und sein Patron Habert kommen nicht vor den Senat als Ausnahmegerichtshof, welcher beispielsweise seiner Zeit den Hochverräther Boulanger aburtheilte, sondern vor das gewöhnliche Gericht. Der Präsident des Appellhofes hat im Einverständniß mit dem Justizminister eine Session des Gerichts auf Mitte April anberaumt. In dieser werden Déroulède und Habert ohne den gewünschten Dekorationspomp bestraft werden, wie andere Lärmmacher der Gasse.

Italien.

In der Deputirtenkammer beantwortete der Minister des Auswärtigen, Canevaro, 5 Anfragen über die Aktion Italiens in China. Unter lebhafter Aufmerksamkeit des Hauses erklärt der Minister: Als die Regierung beschloß, sich eine Flottenstation in China und möglicherweise den einen oder anderen weiteren Vortheil zu sichern, der dort der Entwickelung des Handels und der Industrie Italiens förderlich sein würde, auf daß wir uns nicht die Zukunft in dem ausgedehnten Reiche verschlössen, das alle in Europa für so vielversprechend fand, fragte ich zunächst bei der englischen und der japanischen Regierung an, ob sie gegen unseren Plan nichts einzuwenden hätten, da wir unseren Platz zwischen der japanischen Einflußprovinz und den dem englischen Einflusse unterstehenden Tschusen-Inseln

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990315017/fragment/page=0002

wenden einzunehmen gehabt haben. Die beiden betreffenden Staaten erklärten sich glücklich, uns zu Nachbarn zu haben. Insofern verlangte England, daß wir nicht zu Gewaltmaßnahmen griffen und über die Abtretung der Samman-Bai auf diplomatischem Wege verhandelten, wobei uns England zurückerte. Ich wies alsdann unseren Gesandten, de Martino, an, dafür diplomatisch bei China zu unterstützen.

Ich will heute nicht weiter eröffnen. Gleichzeitig benachrichtige ich die befreundeten Mächte, namentlich die bei den chinesischen Angelegenheiten hauptsächlich interessirten. Alle ohne Unterschied nahmen von unseren Erklärungen sympathisch Akt; einige derselben wiesen sogar ihre Vertreter in China an, dem Tsungli-Yamen diese ihre Gesinnung uns gegenüber bekannt zu geben. Das Tsungli-Yamen stellte jedoch sogleich unserem Gesandten de Martino die von ihm behufs Eröffnung der Verhandlungen überreichte Note mit der Versicherung zurück, es thue dies, um die gegenseitigen Freundschaftsbeziehungen zu erhalten, die durch die Eröffnung der Verhandlungen hätten gestört werden können. Diese inkorrekte Handlungsweise erheischte eine sofortige Genugthuung, und wir trafen die nöthigen Maßnahmen, diese zu erreichen. Das Tsungli-Yamen entschuldigte sich sogleich und erklärte von neuem, es habe uns nicht beleidigen wollen. Außerdem benachrichtigte es uns, daß der gegenwärtig in London befindliche Vertreter Chinas bei der italienischen Regierung sich beeilen werde, nach Rom zurückzukommen und angemessene Auflärungen zu geben. Dies konnte uns nicht genügen. Wir hatten ein Recht, zu erlangen, daß das Tsungli-Yamen die uns zurückgestellte Note wieder annehme, um darauf die Verhandlungen fortsetzen zu können. Inzwischen ließen wir jedes zwangsweise Vorgehen in der Schwebe, da wir mit England vereinbart hatten, daß nur, falls der englische Gesandte Mac Donald die Wiedernahme der Note Italiens beim Tsungli-Yamen nicht durchsetzte, Italien seine Aktionsfreiheit wieder gewonnen haben solle, um Genugthuung für das ihm gethane Unrecht zu verlangen. Aber sonderbarer und noch nicht aufgeklärter Weise (denn die verlangten Aufklärungen sind uns nicht zugegangen) hat de Martino aus eigener Initiative ein neues Schreiben in Form eines Ultimatums an das Tsungli-Yamen gerichtet, in dem er ihm als Bedingung stellte, innerhalb vier Tagen unsere erste Note wieder anzunehmen und die Verhandlungen zu beginnen, wobei es unsere Forderung im Prinzip anzunehmen erkläre. Beim Empfang dieser Nachricht, welche de Martino uns erst 24 Stunden nach dem von ihm gethanen Schritt mittheilte, und die mir zugieng, während ich seit 12 Stunden amtlich die Existenz eines italienischen Ultimatums, das durch Privattelegramm gemeldet worden war, als unbegründet erklärte, erschien es für England und die Vertreter der befreundeten Mächte, welche wir von allen unseren Schritten in Kenntniß gesetzt hatten, offenbar, daß wir in triumphirender Weise vorgingen. Wir haben darauf sofort den Schritt de Martino's desavouirt. Unmittelbar darauf wurde es bekannt, daß das Tsungli-Yamen, ohne den Ablauf der ihm gestellten Frist von vier Tagen abzuwarten, geantwortet hatte, es sei bereit, die erste Note nochmals entgegen zu nehmen, ohne aber gleichzeitig irgend welche Geneigtheit zu zeigen, die Verhandlungen fortzusetzen. De Martino, welcher in solcher Weise desavouirt worden war, konnte nicht auf seinem Posten bleiben. Er ist daher sofort abberufen worden, zugleich auch um über seine Handlungsweise Rechenschaft abzulegen. Wir werden den Gesandten de Martino bald ersetzen. Inzwischen habe ich, da auch der Gesandtschaftssekretär obwesend und nur ein Dolmetscher zur Stelle ist, verfügt, daß unsere Gesandtschaft in Peking dem englischen Gesandten Mac Donald anvertraut werde, der dank der liebenswürdigen Zustimmung Englands uns zeitweilig vertreten wird. So unerwartet und bedauerlich der Zwischenfall auch sein mag, ist er nicht der Art, den Stand der Dinge im wesentlichen zu verändern. Das Tsungli-Yamen wird im weiteren Verlaufe unsere erste Note zurücknehmen. Wir sind fest entschlossen, es zu Verhandlungen zu bringen, aber alles dies ohne Großthun mittels ununterbrochenen, ruhigen Vorgehens, wobei wir uns Gewaltmaßnahmen nur für den Fall vorbehalten, wo sie die Umstände nöthig machen würden. Wir müssen daran denken, daß, weil wir nach China gingen, ohne daß Zwischenfälle vorgelegen hätten oder unsere Rechte verletzt worden wären, wir die Pflicht haben, uns gewaltsamer Verfahren, außer wenn solche nothwendig werden sollten, zu enthalten, da solche den Interessen Englands sehr schaden können, einer Macht, die unsere herzliche Freundin ist und sich als solche bezeigt. Wir dürfen nicht Gefahr laufen, uns einem Konflikte mit anderen Mächten auszusetzen, die uns wohlwollend sind und große Interessen in China haben. Es wäre ein schwerer Fehler für uns, wenn wir, ehe uns die Umstände durchaus dazu nöthigen, in China zu gewaltsamen Methoden griffen, die uns keinerlei Ruhm bringen, wo es keine Gefahr zu bestehen gilt, aber die internationale Ruhe im äußersten Osten stören und in verhängnißvoller Weise nach Europa zurückschlagen könnten. Ich hoffe, daß diese Erklärungen die Herren Fragesteller und die Kammer zufriedenstellen werden, indem sie das Land über die Lage und die Pläne der Regierung beruhigen. So wird die Regierung in der ruhigen Heiterkeit ihres Gewissens die Muße haben, den Plan, von dem unsere Aktion in China beherrscht ist, ohne eine Erschütterung zu Ende zu führen. — Nach der Rede des Ministers Canevaro ergriff zunächst der Urheber der einen Anfrage Santini das Wort und gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß nicht allein England, sondern auch Rußland Italien günstig gestimmt sei. Der Redner sprach seine Zustimmung zu der von der Regierung ergriffenen Initiative aus und erklärte, er behalte sich vor, zu geeigneter Zeit seine Anfrage in eine Interpellation umzuwandeln. Auch der Fragesteller Cerlana-Mailveri billigte das Vorgehen der Regierung; er bemerkte jedoch, er hoffe, daß die Regierung dessen eingedenk bleibe, daß manchmal vollzogene Thatsachen mehr werth wären als Worte. Der Fragesteller Sola erklärte, er behalte sich sein Urtheil vor, um nicht jetzt die Aktion der Regierung zu stören. Lazzaro endlich führte aus, seine Anfrage wolle verhindern, daß das Land ohne Mitwirkung des Parlaments engagirt werde. Diesen Rednern erwiderte der Minister Canevaro, die Regierung habe die nöthige Festigkeit, um die Dinge nicht zu überstürzen. Man werde nur dann zu vollendeten Thatsachen greifen, wenn es nöthig würde, umsomehr als bei dem Zuwarten im Hinblick auf die Uebereinstimmung Italiens mit anderen Mächten keine Gefahr bestehe. (Bewegung.) Es handle sich um eine Frage von internationalem Charakter und es stehe Italien nicht zu, die Ereignisse zu überstürzen. Die Absichten der Regierung seien bescheidene. Das Land werde nicht in ein gefahrvolles Abenteuer getrieben, vielmehr werde die Regierung sich darauf beschränken, in ihren Ansichten fest zu bleiben. Hierauf wurde der Gegenstand verlassen und die Sitzung geschlossen.

Der Gesundheitszustand des Papstes ist vollkommen zufriedenstellend; die Doktoren Mazzoni und Lapponi, welche gestern abend dem Papste einen Besuch abstatteten, erklärten über den Zustand desselben vollkommen beruhigt zu sein.

Großbritannien und Irland.

Der bekannte Schutzzöllner Howard Vincent brachte im Unterhause einen Antrag ein, der die Indische Regierung zu dem Entschlusse, die indische Zuckerindustrie durch Ausgleichszölle auf ausländischen Prämienzucker zu schützen, baldigst veranlaßt und die Hoffnung ausdrückt, die britische Regierung werde im Interesse der westindischen Kolonien demnächst eine gleiche Gesetzgebung im Unterhause vorschlagen. Der Antrag gelangt Donnerstag zur Verhandlung.

Asien.

Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Bombay gemeldet: Einer Depesche vom Persischen Golf zufolge griff eine persische Strafexpedition am 2. und 3. März die Stadt Liliga an, deren Araber-Scheikh sich empört hatte. Nach einem 38stündigen Gefecht ergab sich das Fort. Der Scheikh, der Bezir und die Garnison entkamen; der Verlust der Perser belief sich auf 20 Mann, derjenige der Araber war angeblich der gleiche. Das britische Kanonenboot „Sphinx" landete seine Mannschaft zum Schutze der britischen Unterthanen.

Wie aus Saigun gemeldet wird, traf dort ein außerordentlicher Gesandter von Siom ein, um den Generalgouverneur Doumer zu begrüßen und ihm gegenüber die herzlichen Gesinnungen des Königs von Siam und den Wunsch desselben auszudrücken, in freundschaftlichen Beziehungen mit Französisch-Indo-China zu leben. Dieser Schritt läßt die Hoffnung zu, daß in den Beziehungen zu Siam eine bedeutende Aenderung eintreten wird.

Nach einer Meldung aus Manila fand gestern früh ein weiteres Scharmützel zwischen den Amerikanern und Filipinos statt.

Nordamerika.

Aus Habana, den 13. ds. wird gemeldet: Heute fanden **Kundgebungen zu Gunsten Maximo Gomez'** statt. Nach einem vergeblichen Versuch der Polizei, dieselben zu verhindern, zerstreuten die Truppen die Demonstranten. — Aus allen Theilen des Landes sind Telegramme eingegangen, in denen Gomez Unterstützung zugesagt und das Vorgehen der kubanischen Militärversammlung getadelt wird.

Vom Straßenkrawall zum Aufruhr.

II.

Halle, 14. März.

Im weiteren Verlauf der am Montag begonnenen Verhandlung gegen Thon und Genossen wegen Aufruhrs, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Beleidigung wurde gestern noch ein nachträglich geladener Zeuge, Lieutenant Ernst Otto, vernommen. Dieser hatte in erwähnter Nacht in der Reilstraßen-Kaserne Dienst und erinnerte sich, daß durch die Patrouille zwei Männer gebracht wurden. Was ihm über die Arrestanten gemeldet worden, wußte indeß der Zeuge nicht mehr genau; auch darüber, ob Lotzmann auf die Frage: „Weshalb er arretirt sei?" zur Antwort gegeben: er wisse nicht warum? war dem Zeugen nicht erinnerlich. Zur Sprache kam noch sodann der durch Herrn Rechtsanwalt Herold gegebenen Anregung, daß aufrührerisch nur Rufe wegen Auflaufs erhoben war, daß aber die beschlossene Strafkammer den vorliegenden Fall für schwerer angesehen hatte, worauf Anklage wegen Aufruhrs angestellt wurde.

Damit schloß die Beweisaufnahme, und es folgte die Stellung der Schuldfragen. Diese bezogen sich gegen die Angeklagten Thon, Horst, Handwerg, Denkewitz und Süße auf das Verbrechen des Aufruhrs und auf Widerstand gegen die Staatsgewalt, gegen Thon und Horst noch auf gemeinschaftlich verübte vorsätzliche Körperverletzung, außerdem gegen Horst und Handwerg auf öffentliche Beleidigung dreier Polizeibeamten. Gegen Haase, Küstenbrück, Jänichen und Wirth lauteten die Schuldfragen auf das Vergehen der Theilnahme an einer öffentlichen Zusammenrottung, ohne die erschwerenden Momente der Verübung von Gewaltthätigkeiten oder des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, d. i. einfacher Aufruhr. Gegen Lotzmann bezogen sich die Schuldfragen auf Widerstandsleistung gegen Mannschaften der bewaffneten Macht, außerdem auf öffentliche Beleidigung. Ebenfalls auf öffentliche Beleidigung lautete die Schuldfrage gegen Rötting. Insgesammt betrugen die Schuldfragen 33 einschließlich der Fragen nach mildernden Umständen.

Der Staatsanwalt kam in seinen Erörterungen des vorliegenden Falles zu dem Ergebniß, es sei als erwiesen zu erachten, daß eine öffentliche Zusammenrottung einer Menschenmenge zum Zwecke der Begehung von Gewaltthätigkeiten ꝛc. stattgefunden und dabei die Angeklagten Thon, Horst, Handwerg, Denkewitz und Süße gegen Sicherheitsbeamte thätlich gewandelt, also als Aufrührer zu bestrafen seien. Diesen 5 Angeklagten mildernde Umstände zu bewilligen, sei der Fall nicht geeignet. Jedenfalls aber müßten mildernde Umstände versagt werden, wenn etwa blos Widerstandsleistung gegen die Staatsgewalt als erwiesen angenommen werden würde. Horst sei der schlimmste Betheiligte, da er die Sache angefangen habe. Wegen der Angeklagten Haase, Küstenbrück, Jänichen und Wirth habe die Beweisaufnahme den genügenden Nachweis einer Betheiligung an erwähnter Zusammenrottung nicht erbracht; deshalb sei für diese diese Angeklagten Freisprechung zu befürworten, ohne aber das Urtheil der Geschworenen bestimmen zu wollen. Lotzmann sei überführt der Widerstandsleistung gegen Mannschaften der bewaffneten Macht sowie der öffentlichen Beleidigung, Röttung blos der öffentlichen Beleidigung. Dem Angeklagten Lohmann wegen der Widerstandsleistung mildernde Umstände zu bewilligen, könne den Geschworenen anheimgestellt werden.

Herr Rechtsanwalt Plättig plaidirte für den Angeklagten Thon und meinte, dieser habe sich nur des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht, nicht aber des Aufruhrs. Mildernde Umstände könnten sicher bewilligt werden. Derselben Ansicht war Herr Rechtsanwalt Dr. Pursche betreffs des Angeklagten Horst, dem wohl mildernde Umstände zu bewilligen sein würden. Der Beleidigung habe Horst sich schuldig gemacht, das sei erwiesen. Ebenso kam Herr Rechtsanwalt Riemer als Vertheidiger des Angeklagten Handwerg zu dem Ergebniß, es sei blos Widerstandsleistung und Beleidigung als erwiesen anzunehmen. Da aber Aufruhr aber Widerstandsleistung als festgestellt erachtet werde, jedenfalls würden Handwerg mildernde Umstände zuzubilligen sein. Für den Angeklagten Denkewitz befürwortete Herr Rechtsanwalt Herold in erster Linie Freisprechung, da dem Denkewitz ein Verschulden nicht bestimmt nachgewiesen sei. Sollte Denkewitz trotzdem schuldig befunden werden, so könnte dies blos wegen Widerstandsleistung geschehen unter Zubilligung mildernder Umstände. Herr Rechtsanwalt Triebel, Vertheidiger des Angeklagten Süße, war der Ansicht, der Beweis sei nicht erbracht, daß Süße einen Stein geworfen habe, der dem Wachtmeister Markowsky am Kopfe vorbeigeflogen. Von keinem der Zeugen sei Süße bestimmt als Steinwerfer bezeichnet worden. Hiernach würden beide, den Angeklagten Süße betr. Hauptfragen zu verneinen sein. Sollte trotzdem eine der beiden Schuldfragen bejaht werden, so doch ebenfalls die Frage nach mildernden Umständen. Für die übrigen sechs Angeklagten trat Herr Rechtsanwalt Riecke als Vertheidiger auf. Bezüglich der Angeklagten Haase, Küstenbrück, Jänichen und Wirth schloß sich der Vertheidiger der Ansicht des Staatsanwalts an, daß diese 4 freizusprechen sein würden. Wenn aber Lotzmann des Widerstandes gegen Mannschaften der bewaffneten Macht schuldig befunden werde, dann könne das jedenfalls nur unter Zubilligung mildernder Umstände geschehen. Daß Lotzmann und Röttung sich der Beleidigung schuldig gemacht hätten, dazu habe sich die Ueberführung nicht feststellen lassen, weshalb betreffs dieses Falles das Nichtschuldig auszusprechen sei.

Es folgte durch den Vorsitzenden die Rechtsbelehrung der Geschworenen; diese nahm 3/4 Stunden Zeit in Anspruch. Die Berathung der Geschworenen dauerte eine Stunde. Der durch Herrn Rektor Dr. phil. Wohlrabe als Obmann der Geschworenen verkündete Spruch lautete: Thon, Horst, Handwerg und Denkewitz sind des Aufruhrs nichtschuldig, dagegen schuldig der Widerstandsleistung gegen die Staatsgewalt. Süße ist nichtschuldig des Aufruhrs und nichtschuldig der Widerstandsleistung der Staatsgewalt. Haase, Küstenbrück, Jänichen, Wirth sind nichtschuldig. Lotzmann ist blos schuldig der Beleidigung; ebenso ist der schon der Widerstandsleistung schuldig befundene Handwerg und der Angeklagte Horst der Beleidigung schuldig. Röttung ist der Beleidigung nichtschuldig. Mildernde Umstände waren nur dem Angeklagten Handwerg zugebilligt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Thon 2 Jahre Gefängniß; gegen Horst 2 Jahre 3 Monate Gefängniß; gegen Handwerg 6 Monate, gegen Denkewitz 1 Jahr Gefängniß; gegen Lotzmann 60 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängniß. Verurtheilt wurde Thon zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß, Horst zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängniß; Handwerg zu 6 Monaten Gefängniß; Denkewitz zu 9 Monaten Gefängniß; Lotzmann zu 60 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängniß; Den Beleidigten steht Publikationsbefugniß zu. Haase, Küstenbrück, Jänichen, Wirth, Süße und Röttung wurden freigesprochen. Für das Vergehen der Widerstandsleistung gegen die Staatsgewalt beträgt das höchste Strafmaß 2 Jahre Gefängniß. Thon, Horst, Handwerg, Denkewitz kamen in Haft zurück; Süße wurde aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Verurtheilten erklärten sich bei dem Urtheile beruhigen zu wollen.

Die für Mittwoch anberaumte Verhandlung gegen den Maschinisten Robert Triebisch aus Holzweißig, Sittlichkeits-Verbrechen betreffend, fällt aus, weil eine wichtige Zeugin durch Krankheit am Erscheinen verhindert ist.

Provinzialnachrichten.

△ **Merseburg, 14. März.** [In der gestrigen Sitzung unserer Stadtverordneten] stand u. a. auch eine Magistratsvorlage betr. Errichtung eines Elektrizitätswerkes in unserer Stadt auf der Tagesordnung. Die von der mit dieser Angelegenheit betrauten gemischten Kommission gestellten Anträge, welche die Zustimmung des Magistrats gefunden hatten, nämlich: 1. „Für unsere Stadt ein Elektrizitätswerk auf Kosten der Stadtgemeinde zu errichten und den Betrieb desselben auf eigne Kosten zu übernehmen und 2. die Centrale für das Elektrizitätswerk auf dem Grundstücke der städtischen Gasanstalt zu erbauen und den Betrieb des Werkes durch Gasmotore auszuführen" wurden von der Mehrheit abgelehnt. Die Gegner der Vorlage begründeten ihre Ablehnung damit, daß von Berichterstatter nicht nachgewiesen sei, daß von der hiesigen Gasanstalt das Kubikmeter Gas zu dem Preise von 6 Pf., welcher nach dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Klingenberg in Berlin für die Rentabilität mit Gasmotorenbetrieb mindestens erforderlich ist, geliefert werden könne, und weil überhaupt noch nicht feststehe, ob Gas- oder Dampfmotorenbetrieb vorzuziehen sei. Es wurde an Stelle der Magistratsvorlage ein Antrag aus der Versammlung angenommen, wonach die Errichtung des Elektrizitätswerkes bis nach Fertigstellung der Kanalisirung aufgeschoben werde.

* **Weißenfels, 14. März.** [Stadtverordnetenwahl. — Selbstmord.] Bei der heutigen Ersatzwahl eines Stadtverordneten in der zweiten Abtheilung wurde Herr Schuhfabrikant Emil Holze gewählt. — Die ledige 20jährige Tochter Ida des Formers Rusel stürzte sich in verflossener Nacht in die Saale; heute morgen wurde die Leiche an das Land gezogen. Längere Krankheit soll das ordentliche Mädchen zu diesem Schritt veranlaßt haben.

△ **Delitzsch, 14. März.** [Leichenfund. — Vertretung.] In der Flur des Dorfes Kömmlitz, unweit der Lössener Grenze, wurde der bereits stark in Verwesung übergegangene Leichnam eines Mannes gefunden, dessen Gesicht von Raubvögeln zerhackt und fast unkenntlich war. Legitimationspapiere u. dergl. führte der Todte nicht bei sich. — Da die Verhandlungen gegen den nun bereits seit über einem halben Jahre sich in Untersuchungshaft befindlichen Magistratskassirer Simon in nächster Zeit noch immer nicht stattfinden können, S. aber trotz alles Zuredens sein hiesiges Amt freiwillig nicht niederlegt, haben die städtischen Körperschaften die Stelle eines Beigeordneten vertretungsweise dem Kammergerichtsreferendar Securius aus Berlin übertragen. Herr S., ein Nachkomme unseres einstigen Bürgermeisters Securius, dem zu Ehren eine unserer neuen Straßen benannt ist, hat sein neues Amt bereits angetreten.

□ **Halberstadt, 14. März.** [Feuer.] In vergangener Nacht ist die zwischen hier und Spiegelberge am Goldbach belegene Strube'sche Pfeffermühle zum größten Theile ein Raub der Flammen geworden. Das in der reich gefüllten Rauchkammer entstandene Feuer griff mit solcher Schnelligkeit um sich, daß die Bewohner Mühe hatten, das nackte Leben zu retten. Infolge der verhältnißmäßig geringen Versicherung erleidet der Besitzer einen ganz bedeutenden Schaden.

+ **Vom Eichsfelde, 13. März.** [Verhaftung.] Der Postagent Gaßmann in Wingerode, in dessen der Windrichtung entgegenliegenden Hause in der Unglücksnacht zum 21. Januar der zweite Brandherd, wodurch auch das dritte und größte Feuer veranlaßt war, entstanden ist, wurde unter dem Verdacht der Brandstiftung in das Landgerichtsgefängniß in Nordhausen eingeliefert. Vor 4 Jahren war bereits in G.'s Hause auf bisher nicht aufgeklärte Weise Feuer aufgekommen.

— [Personalnachrichten.] Die Regierungs-Referendare Tiemann aus Magdeburg und Dr. jur. Sator aus Erfurt haben die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.

* **Auma, 13. März.** [Großfeuer.] In der vergangenen Nacht sind in dem benachbarten Orte Mosbach ein Gasthof, in dem ein Tanzvergnügen stattfand, und drei anstoßende Anwesen niedergebrannt.

Vermischtes.

Ein Ausreißer. Vom Aviso „Greif" entlief bei Kiel gestern ein zum Versuche mit Strahlentelegraphie aufgelassener großer Fesselballon, da die Fesselleine gebrochen war. Der Ballon trieb bei dem frischen, westlichen Winde seewärts.

Die Pest in Bombay. Die Sterblichkeit in der abgelaufenen Woche betrug 2312, d. i. eine Abnahme von 119 gegen die vorhergegangene Woche. Der Fortzug der Bevölkerung läßt nach. Man hofft zuversichtlich auf eine baldige Abnahme der Epidemie.

Unglücksfälle und Verbrechen. In Berlin wurden gestern auf dem Grundstücke Ritterstraße 110 die Wittwe Borbach und ihr Sohn durch ihren Miether, den Arbeiter Wilhelm Mittag, durch Beilhiebe beide am Kopfe schwer verwundet. Der Thäter ist entflohen. — Die Selbstbezichtigung wegen Ermordung des Handelsmannes Rühle, welche, wie wir gestern meldeten, der Buchhandlungsgehilfe Arthur Eitner in Breslau bei der dortigen Polizeibehörde vorgebracht hat, dürfte mit der größten Vorsicht aufzunehmen sein. Eitner leidet nämlich an zeitweiligen Geistesstörungen, die in bestimmten Perioden bei ihm zum Ausbruch kommen. Eitner hat bereits wiederholt Selbstanzeigen wegen angeblich begangener Verbrechen gestellt und mußte immer, weil sich seine Selbstanzeigen als gänzlich erfunden und haltlos erwiesen hatten, wieder in Freiheit gesetzt werden. — In Lauban brannte gestern eine Stärkefabrik ab. Bei dem Brande sind zehn Menschen schwer verletzt worden. — Auf der Zeche „Victoria" bei Littfeld im Kreise Siegen stürzte vorgestern der Förderkorb 180 Meter tief in den Schacht. Drei Bergleute wurden getödtet, einer schwer verletzt. — In M.-Gladbach erschoß in einem Streit wegen eines Mädchens der Weber Schlösser den Arbeiter Bössems. Der Thäter und vier in den Streit verwickelte Personen wurden verhaftet. — In Hanau schoß abends ein Arbeiter dem Musketier Keile von dem dort garnisonirenden 166. Infanterie-Regiment aus Eifersucht eine Revolverkugel in die Brust. — Der Bauunternehmer Liebrich in Kaiserslautern hatte seinen Arbeitern verboten, an der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990315017/fragment/page=0003

Arbeitsstätte Bier zu trinken. Erbost darüber lauerten ihm abends drei Arbeiter in seinem Hofe auf, überfielen und mißhandelten ihn. Die Arbeiter bekamen danach unter sich Streit, und Jakob Kaufmann verletzte dem Jakob Becker, beide Maurer bei Uebrich, einen Messerstich, an dem der Getroffene, kaum ins Krankenhaus gebracht, verstarb. Der Thäter ist verhaftet.

Personalnachrichten. Der dritt-älteste General der preußischen Armee, der nahezu 89jährige Generallieutnant z. D. Emil v. Treskow, begeht heute den Tag, an dem er vor 70 Jahren Offizier geworden ist. — In Berlin ist gestern der Sprachforscher Professor H. Steinthal, in Lunéville der Romanschriftsteller Erckmann gestorben. — Pariser Meldungen zufolge soll die Prinzessin Luise von Koburg demnächst unter sicherem Geleit nach Brüssel gebracht werden.

Letzte Telegramme.

Paris, 15. März. Das Schwurgericht sprach Urbain Gohier, den Verfasser des Buches „Die Armee gegen die Nation," sowie den Herausgeber Natanson frei. Die Sitzung wurde gestern erst nach 11 Uhr abends geschlossen. Der Urtheilsspruch wurde mit lärmendem Beifall aufgenommen.

Rom, 14. März. Der „Osservatore Romano" veröffentlicht ein Schreiben Rampolla's an das Kapitel von St. Peter, in dem er im Namen des Papstes seiner Dankbarkeit Ausdruck giebt über die Kundgebung anläßlich des Tedeums am Sonntag, durch welche Rom gezeigt habe, daß sein höchster Ruhm der Sitz des Statthalters Christi sei, und daß es das Gesetz der Unzertrennlichkeit unverändert aufrecht erhalte, welche es in glücklichen und leidvollen Zeiten mit dem päpstlichen Stuhle verbinde.

Kanea, 14. März. Prinz Georg wird bei den vier Mächten beantragen, daß eine jede ihre Streitkräfte auf der Insel auf ein Bataillon herabsetze. Diese Bataillone würden auf die bisherigen Kommandobezirke in der Weise vertheilt werden, daß eine gemischte Besatzung gebildet werde.

Warschau, 14. März. Eine große Anzahl Studenten, meist Polen, sind hier wegen geheimer Versammlungen und Agitationen verhaftet und in der Citadelle interniert worden. Die Universität bleibt vorläufig geschlossen.

Meteorologische Station zu Halle.

	14. März (9 Uhr 12 Min. ab.)	15. März (7 Uhr 12 Min. vm.)
Barometer Millimeter	765,5	765,4
Thermometer Celsius	5,3	—0,9
Rel. Feuchtigkeit	74%	93%
Wind	NW 1	W 2

Maximum der Temperatur am 14. März: 12,3° C.
Minimum in der Nacht vom 14 März zum 15. März: —0,6° C.
Niederschläge am 15. März 7 Uhr morgens: 3,0 mm.

Donnerstag, 16. März.
Bei milder Tagestemperatur meist heiter und trocken; nachts kühler.

Bericht des Berliner Wetterbureaus
vom 14. März morgens:

Memel 760, —3°, NNW 3, bedeckt; Swinemünde 774, +4°, SW 2, halbbedeckt; Hamburg 776, +3°, SW 2, wolkenlos; Borkum 776, +4°, still, wolkenlos; Berlin 776, +4°, W 2, wolkig; München 774, +0°, SO 2, heiter; Wien 775, +1°, NNW 3, heiter; Zelet 770, +1°, ONO 6, wolkig; Petersburg 761, —6°, NW 1, heiter; Haparanda 761, —14°, SO 2, bedeckt; Cork 777, +9°, S 2, bedeckt; Paris 774, +3°, N 2, wolkenlos.

Handel, Gewerbe und Verkehr

— Kohlenpreise. Die privaten oberschlesischen Steinkohlengruben haben wegen immer mehr steigender Nachfrage beschlossen, für die sonst am 1. April eintretenden Sommerpreise einen Aufschlag der Kohlenpreise von 2 Pfg. pro Centner vorzunehmen.

— Zahlungseinstellungen. Die Seidenwarenfirma Weiss & Schwarz in Budapest fallirte.

Rio de Janeiro, 13. März. Wechsel auf 6 3/32.
Buenos Aires, 13. März. Goldagio 118,40.

Zahlungs-Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Eröffn.-Term.	Anm.-Frist	1. Gl.-Ver.	Prüf.-Term.
W. Fuchs, Schneidermeister	Aken	Aken	8.3.	25.3.	29.3.	10.4.
R. Messerschmidt, Kfm., Inh. d. Fa. Bastert & Messerschmidt	Brackwede	Bielefeld	8.3.	15.4.	8.4.	27.4.
Wilh. Becker, Kfm.	Kappel	Kirchberg	8.3.	15.4.	29.3.	29.4.
F. Breitschneider, Rittergutspächter	Schlettwein	Pössneck	8.3.	31.3.	10.4.	10.4.
A. W. Schulze, Cementwarenfabr.	Schönberg	Neusalza	7.3.	11.4.	24.3.	21.4.
Carl Lorenz, Kfm.	Sanders-leben	Sanders-leben	8.3.	30.3.	6.4.	6.4.
Gebr. Schöniger	Stadtilm	Stadtilm	6.3.	6.4.	7.4.	23.4.

Central-Stelle der Preuss. Landwirthschaftskammern.
14. März. (Notirungsstelle.)

a. Für inländ. Getreide ist in Mark für die Tonne gezahlt worden:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Magdeburg	150—160	140—148	150—175	140—152
Altmark	150—160	140—145	145—165	140—147
Merseburg östlich	150—159	140—150	150—162	142—155
do. westl. der Mulde	148—156	140—150	150—172	140—150
Erfurt	150—162	146—162	156—180	138—152
Danzig	152—161	140—135	124—131	127—129
Königsberg i. Pr.	150—153	132—12 1/2	121 1/2	118—130
Breslau	143—166	130—140	125—145	123—130

b. Weltmarkt

auf Grund heutiger eigener Depeschen, in Mark die Tonne einschl. Fracht, Zoll und Spesen, aber ausschl. der Qualitäts-Unterschiede.

			am 14.3.	am 13.3.
Von New York nach Berlin		Weizen	81 3/4 Cts. 179.50 M.	178.50 M.
» Chicago	»	Weizen	69 7/8 Cts. 168.75 »	167.75 »
» Liverpool	»	Weizen	5 sh. 5 1/4 d. 167.25 »	167.25 »
» Odessa	»	Weizen	86 Kop. 161.00 »	165.25 »
» Odessa	»	Roggen	80 Kop. 156.00 »	157.25 »
» Riga	»	Weizen	94 Kop. 171.70 »	173.00 »
» Riga	»	Roggen	83 Kop. 157.00 »	157.00 »
In Paris		Weizen	20,40 Fr. 165.15 »	164.65 »

Getreide.

New York, 14. März. [Telegr.] Rother Winterweizen 82 1/4, Weizen März 81 5/8, Mai 75 1/2, Juli 74, August —, Mais März 41 1/2, Mai 40, Juli 40 1/4. Mehl 2,80. Getreidefracht 1 1/2.

Chicago, 14. März. [Telegr.] Weizen März —, Mai 70 3/4, Mais März 33 1/4.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 14. März. [Telegr.] Schmalz Western steam 5,55, do. Rohe und Brothers 5,70.

* Leipzig, 14. März. Raps per 1000 kg —,— nominell, Rapskuchen per 100 kg, netto —,— M. Br. Rüböl, rohes, per 100 kg netto ohne Faß füssiges 46,50 M. bz., gefrorenes —,—. Schwach behauptet.
* Hamburg, 14. März. Rüböl (unverzollt), ruhig, loco 47,00.
* Bremen, 14. März. Schmalz. Ruhig. Wilcox 29 1/4, Pfg., Armour shield 29 1/4 Pf., Cudahy 29 1/2—29 1/4 Pf., Choice Grocery 28 1/2—29 1/4 Pf., White label 28 1/2—29 1/2 Pfg. Speck. Ruhig. Short clear middling loco 29 3/4, Pf.
* Köln, 14. März. Rüböl loco 53,00, per März 50,20.
Paris, 14. März. (Schlussbericht.) Rüböl ruhig, per März 49,75, per April 49,50, per Mai-Aug. 50,50, Septbr.-Dezbr. 51,75.
* Amsterdam, 14. März. Rüböl loco —,—, Mai —, Okt. 23 1/2.
* Antwerpen, 14. März. Schmalz per März 63.

Zucker.

* Paris, 14. März. (Schluss.) Rohzucker behauptet, 88% loco 29 3/4 à 30 1/2. Weisser Zucker matt, Nr. 3, per 100 kg, per März 30 3/4, per April 30 3/4, per Mai-Aug. 31 3/8, per Okt.-Jan. 29 3/4.
* London, 14. März. 96° Javazucker loco 11 3/4 ruhig, fest, Rübenrohzucker loco 9 sh. 11 d. ruhig.

Petroleum.

* Hamburg, 14. März. Petroleum schwach, Standard white loco 6,80 Br.
* Bremen, 14. März. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loco 6,85 Br.
* Antwerpen, 14. März. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 13 3/4 bez. u. Br., per März 13 3/4 Br., per April 13 3/4 Br. per Mai 13 Br. Ruhig.
* New York, 14. März. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 7,35, do., in Philadelphia 7,30, do. Refined (in Cases) 8,10 do., Credit Balances at Oil City 113,00.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 13. März. Bewegungen der Dampfer des Norddeutschen Lloyd: „Wittekind" 12. von Villa Garcia n. d. La Plata. „Trier" nach Brasilien best., 11. in Antwerpen. „Pfalz", v. d. La Plata, 12. von Southampton nach Bremen. „Sachsen", von Ostasien, 12. in Colombo. „Maria Rickmers" 12. von Baltimore in Bremerhaven. „Prinz Heinrich" 12. von Bremen in Port Said. „Stuttgart" 12. von Antwerpen nach Australien. „Aller", nach New York best., 12. in Punta Delgada. „Roland", nach Baltimore best., 11. Dover passirt.

Dampfer der Hamb.-Am. P.-A.-Gesellschaft.
Hamburg, 13. März. „Brasilia" 11. in New York, „Castilia" in Kingston, „Silesia" in Schanghai, „Bolivia" und „Hermania" auf Helmreise in Havre, „Auguste Viktoria" 12. in Athen, „Arkadia" in New York, „Sarnia" in Suez, „Bosnia" von Baltimore, „Strathtay" von Portland in Hamburg. „Syria" 10., „Venetia" 11. von St. Thomas nach Hamburg, „Pennsylvania" 11. von New York, „Knight of St. George", von Philadelphia, „Ascania" 12. von Havre nach Hamburg.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.						Fall/Wuchs
Artern, Brückenpegel	13. März.	+ 0,41	14. März.	+ 0,42	2	—
Weissenfels, Oberpegel	»	+ 2,42	»	+ 2,40	2	—
do. Unterpegel	»	+ 0,22	»	+ 0,14	8	—
Alsleben, Oberpegel	»	+ 2,34	»	+ 2,36	2	—
do. Unterpegel	»	+ 1,53	»	+ 1,52	1	—
Bernburg	»	+ 1,18	»	+ 1,18	—	—
Kalbe, Oberpegel	»	+ 1,50	»	+ 1,48	2	—
do. Unterpegel	»	+ 0,68	»	+ 0,62	6	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.								Fall/Wuchs
	Märs.	Fall	Wuchs		März.	Fall	Wuchs	
Budwais	13	+ 0,18	—	13	Torgau	14.	+ 0,32	—	3
Prag	»	+ 0,01	4	—	Wittenberg	»	—	—	—
Jungbunzlau	»	+ 0,09	—	—	Rosslau	»	+ 0,93	4	—
Laun	»	— 0,03	—	2	Barby	»	+ 1,42	—	3
Pardubitz	»	+ 0,02	—	1	Magdeburg	»	+ 1,28	1	—
Brandeis	»	+ 0,08	1	—	Tangermünde	»	+ 1,94	10	4
Melnick	»	— 0,18	2	—	Wittenberge	»	+ 1,74	4	—
Leitmeritz	»	— 0,12	2	—	Dömitz Pog.	13.	+ 1,26	—	—
Aussig	14.	+ 0,17	2	—	Lauenburg	14.	+ 1,31	1	—
Dresden	»	— 1,13	3	—					

Schiffervekehr und Frachten.

Aussig, 14. März. Von den oberen Pläßen werden 5 cm Fall gemeldet. — Heutige Fahrtiefe 39", Zoll österr. Mass. — Fracht nach Magdeburg das Doppelhektoliter 27 Pfg., Staffel bis 30 Pfg. gezahlt.

Berliner Börse
vom 14. März.
(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 4 1/2, Lomb. 5 1/2.
Amsterdam 3, Brüssel 3 1/2.
Petersburg 6 1/2, Wien 5.
London 3. Paris 2.

Deutsche Fonds-u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3 1/2	— —
Berliner Stadt-Obl.	3 1/2	100.50
do. do. 1892	3 1/2	99,90
Magdeburger St.-Anl.	3 1/2	96,70
do. do. neue	4	—
Westpr. Prov.-Anl.	3 1/2	99,40
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	99,80
Bayrische Anleihe	4	174,25
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	125,00
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3 1/2	133,10
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	134,40
Meininger 7 fl.-Loose	—	24,30
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	132,00

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl.	5	86,25
do. innere do.	4 1/2	72,80
Barletta 100 Lire-Loose		26,30
Bukar. Stadt-Anl. 1884	5	98,80
do. do. 1888	5	98,80
Chilen. Gold-Anl. 1889	4 1/2	85,25
Egyptische priv. Anl.	3	—
do. do. do.	3 1/2	—
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	26,90
Griech. Anl. 1881-84	—	44,20
do. kons. Goldrente	—	37,80
do. Monopol-Anl.	—	51,90
do. Gd.-Anl. v. 1890	—	43,25
Mailänd. 10 Lire-Loose	—	14,90
Mexikaner Anl. à 100	6	100,75
do à 20	6	101,00
Norweg. Staats-Anl. 88	3	—
Oesterr. 1860er Loose	5	147,00
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	—
Russ. Gold-Anl. 1884, 87	4	—
do. Orient-Anl. II.	4	—
do. do. III.	4	—
do. Nicolai-Oblig.	4	—
do. Boden-Kredit	5	120,25
do. 3 1/2% do. gar.	3 1/2	99,40
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	288,25
do. do. 1866	5	—
Schwed. St.-Anl. 1886	3 1/2	98,75
do. do. 1890	3 1/2	—
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	100,75
Türkische Anleihe D.	1	23,55
do. Administ.	5	99,45
do. 400 Frcs-Loose	—	121,70
Ungarische Gold I.-A.	4	102,20
do. Kr.-Rente	4	97,80
do. Staats-R. 97	3 1/2	87,25

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	12 1/2	280,50
Admiralsgarten-Bad	4	86,00
Annaburger Steingut	14	172,00
Archimedes	12	229,00
Bauges. Berl. Chrl. i. Liq.	—	748,00
do. B.-Wilm. T.-G. i. Liq.	—	1190
Braunschweiger Jute	16	216,00
Berl.-Anh. Maschinen	12 1/2	236,75
Berliner Bockbrauerei	10	197,00
do. Brauerei Königst.	4	120,75
do. Union Gratweil	7	127,75
Brsl. Eisenb. W., Linke	14	286,00
Breslauer Oelwerke	3 1/2	64,00
Cement. Han.-Gas. Berl.	0	163,00
Charlottb. Wasserwerk	11	202,00
Chem. Fabr. Schering	7 1/2	186,50
Chemn. Masch. Zimm.	9	195,00
Dessauer Gas	12 1/2	218,50
Dtsch. Gold- u. Silb.-Sch.	60	418,00
Dtsche Jutespinnerei	10	161,50
Egestorff-Salzwerke	6 1/2	143,00
Elberfeld. Farbenfabr.	18	317,00
Erdmannsdorf. Spinn.	2	80,00
Freund Masch. konv.	16	393,00
Görlitzer Eisenbbed.	17	282,50
Hagener Gusstahl	6 1/2	142,00
Harburg-Wien Gummi	29	—
Harkort St.-Pr. konv.	5	149,10
do. Bricketb. konv.	7	127,50
do. do. St.-Pr.	8	151,80
Hirschberger Masch.	8	—
Keyling & Th. Eiseng.	6	125,60
Köln-Müsener Bgw.	1 1/2	55,25
do. do. konv.	3	135,50
Kurfürstend. Ges. i. Liq.	—	1054,50
La Veloce, Ital. D.	0	69,00
Ludw. Löwe & Co.	24	440,25
Malzerei Wrede	7	109,25
Magdeburger Baubank	1 1/2	109,25
Magdeb. Strassenbahn	9	194,00
Maschin. Breuer	7	145,50
Neuroder Kunststanstalt	9	147,25
Nordd. Eiswerke	3	101,00
Omnibus-Gesellschaft	10	229,00
Oppeln Portl.-Cem.	11	184,50
Passage	4	86,25
Pferdebahn, Breslauer	12	328,60
Saline Salzungen	2 1/2	22,90
Sangerhäuser Masch.	22 1/2	—
Schäffer u. Walcker	1	86,90
Schlesische Cement	14 1/2	239,25
Schwartzkopff	12 1/2	239,00
Siemens, Glas-Industr.	14	245,25
Stettiner Cham. Didier	20	428,50
Sudenburg. Maschin.	0	—
Thüringer Salinen	1 1/2	76,90
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	15	221,00
Vereinsbrauerei Artern	5	100,00
Westf. Draht-Industrie	10	165,00
do. Union konv.	16	—
do. 6% St.-Pr.	6	—
Wittener Gus	16	249,00
Wilhelmshütte	1 1/2	82,50
Zuckerfabr Frankstadt	0	116,00

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	— —
do. v. 1890	3 1/2	— —
Ostpreuss. Südbahn	4	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	98,30
Dortmund-Gronau-E.	4	— —
Mariensb.-Mlawkaw	5	117,60
Ostpreuss. Südbahn	5	116,25

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	59,90
do. Mittelmeerb. stfr.	4	97,60
Lemberg-Czernowitz	4	98,80
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	92,75
do. Ergänzungsn.	3	91,60
do. Gold-Pr.	4	101,10
Oesterr. Lokalbahn	4	100,10
do. Nordwestbahn	5	111,50
Südöster. Bahn (Lomb.)		76,10
do. Obligationen	5	106,10
Ung. Nordostb. Gold-O.	4 1/2	— —
do. Eisenb.-Silb.-A.	4 1/2	101,20
Iwangorod-Dombr. gar.	4 1/2	103,60
Kosl.-Woronesch Ob.	4	100,50
do. Ch.ark.-An. Obl., 89	4	100,50
Kursk-Kiew	4	101,00
Mosco-Kiew-Woron	4	100,80
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjasan	4	101,25
Mosco-Smolensk	4	100,75
Orel-Griäsi 1889	4	100,50
Rjäsan-Koslow	4	100,70
Rjäsan-Uralsk gar ukd.		
do. 1909	4	100,90
Rjaschk-Morcansk	5	— —
Rybinsk-Bologoye	4	100,70
Russ. Südwestbahn	4	— —
Transkaukasische	3	— —
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	101,30
Wladikawkas Oblig.	4	101,00
do. unkdb. b. 1906	4	100,30
Manitoba rz. 1933	4 1/2	— —
Northern-Pac. I. b. 1921	6	— —
do. Prof.	4	101,80
do. Gen. Lien	3	67,80
St. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	121,50
do. do. do.	5	106,90
Central-Pacific	5	116,70
Anatol. I. 2040 M.	5	99,25
„ II. 2040 M.	5	95,90
Macedonische G.-O.	3	59,10
Portug. Eisenb. O. 1886	3	67,50
do. 1889	4 1/2	93,70

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	5	119,00
Buschtiehrader B.	13	— —
Halberst.-Blankenb.	6	159,75
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	— —

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	15	— —
Böhmische Nordbahn	7 1/2	—
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	99,00
Graz-Köflach	6 1/2	—
Kaschau-Oderberg	4	—
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	99,50
Lemberg-Czernowitz	6 1/2	116,25
Oesterr. Nordwestb.	5	— —
do. B. Elbethalb	5 1/2	—
Südösterreich (Lomb.)	3	30,10
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowo	5	— —
Kursk-Kiew	5	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien	10	— —
Gotthardbahn	5	143,25
Ital. Meridionaux	6 1/2	143,00
Lüdich-Limburg	6	— —
Schweiz. Centralbahn	8	142,00
do. Nordostbahn	5 1/2	103,40
do. Unionbahn	3 1/2	79,90

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	100,40
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3 1/2	101,75
do. V. rz. 100	3 1/2	96,75
do. VI. unkb. b. 1900	4	100,25
do. VII. unkb. b. 1903	4	101,00
Deutsch. Grundsch. Obl.	4	100,00
do. do. V. VI.	4	101,50
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr.	5	110,50
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	100,25
do. alte Ser. 1-45	3 1/2	96,00
do. S. 46-105, uk. 1905	3 1/2	97,00
do. S. 301-360, uk. 1908	3 1/2	96,50
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3 1/2	101,00
do. do. II.	3 1/2	99,00
Meininger. Hyp.-Pfdb.	3 1/2	96,80
do. II. unkdb. bis 1900	4	100,70
do.	3 1/2	97,70
do. Präm.-Pfdbr.	4	138,25
Nordd Gr.-Cred.-Pfdb.	4	99,90
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	101,00
Ostpreussische	3 1/2	96,40
Pom. II. VI. 1900 uk.	4	100,50
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	100,50
Posensche	4	101,70
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	112,50
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	106,00
do. XIII. rz. 100	4	100,25
Pr. Centrb.-Pfdbr. 100	4	100,90
do. do. 1906	3 1/2	96,00
do. do. 1909	3 1/2	98,00
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII	4	100,00
do. do. XV-XVIII.	4	100,50
Pr. Hp.-V.-A.-G. 1903	4	100,00
do. do. Cert.	3 1/2	96,20
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	3 1/2	96,00
do. XVIII ukdb. 1908	3 1/2	98,25
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	4	98,25
do. do. b. 1908	4	102,50
do. Comm.-Obl. b. 1907	3 1/2	96,25
Rh.-W. Bdor. I. III. V., ukb. b. 1905.	4	101,80
„ II. u. IV., b. 1904.	3 1/2	96,80
„ VII., ukdb. 1906.	3 1/2	96,50
„ VIII., unkdb. 1908.	4	102,70
Sächsische	4	108,70
do.	3 1/2	99,40
do.	5	89,50
(Westpr. rit. I. I. B.	3 1/2	99,00
Pommersche	4	103,25
Posensche	4	103,60
Preussische	4	103,00
Sächsische	4	103,30
Schlesische	4	102,90

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	4	144,75
Arenberger Bergwerk	60	994,00
Baroper Walswerk	0	83,25
Berzelius	6	141,30
Bismarckhütte	15	242,50
Bonifacius Bergwerk	0	136,75

Leipziger Börse, 14. März.

Zt.	M.	Zt.	M.
3 Sächs. Rent.-Anl.	91,70	4 Manst. Gew. 1889	100,75
3 do.	91,70	4 1/2 do. 1879	100,75
3 do. 500	91,70	4 do. Em. 1876	100,75
Thlr.		4 Lps. Stadtobl. 1884	99,10
3 1/2 Staatsanl. 1855. 100	93,00	4 1/2 do. 1876	99,10
3 1/2 do. 67 kv. 4% 500	102,00	3 1/2 Altb. Landoblig. 1000	93,00
3 1/2 Landrentendr. 500	98,10	3 1/2 do. do. 500	100,40

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.		
15	Aussig-Tepl. 500 fl.	335,00	
7 1/2	Böhm. Nordbahn	168,00	
14 1/2	Buschtichrad. Lit. A.	336,50	
13	do. do. B	324,50	
10	Galiz. K.-Ludw.-B.	— —	
6 1/2	Graz-Köflach.	141,00	
5 1/2	Marienburg-Mlawka	83,00	

Div.	Eisenb.-St.-Pr.-Akt.		
6	Duz-Bodenb. Lit. A.	— —	
6	do. do. B.	— —	
5	Marienburg-Mlawka	— —	

Div.	Bank- u. Kredit-Akt.		
11	Allg. D. Kr.-A. Lps.	200,25	
9	Dresdener Bank	175,00	
6 1/2	Gothaer Privatb.	136,50	
10	Leipziger Bank	184,40	
8	do. Hypothek.-B.	149,50	
6 1/2	Sächs. Bank	135,50	
6 1/2	Zwickauer	116,50	

Div.	Industrie-Papiere.		
9	Chemn. Werks. (Zim.)	193,50	
24	Cröllw. Papierfabr.	— —	
4	4% do. Schildwchr.	— —	
4	Dörtewitz-Rattm.	75,50	
5	D. W. M. (Sonderm. & Stber) Vorz.-A.	147,00	
20	Gerner Jutesp. u. W.	276,00	
9	Germania (Schwalbe)	160,00	
27	Gerad. Stkb.-V., St.-A.	490,00	
61 1/2	do. do. Pr.-A. I	990,00	
57	do. do. do. II	990,00	
1	Hallesche Str.-B.	109,25	
3	Kette Elbsch.-G.-Akt.	74,00	
0	Körbied. Zuckerfb.	129,25	

Div.			
5	Leips. Baubank		105,00
5 1/4	do. Elektr.-Werke		121,00
4	do. elektr. Strassb.		143,00
8	do. Gr. elektr. Strassb.		308,50
10	do. Bierbr. Reudn., v. Riebeck & Co.		305,00
12	Lps. Kammgarnsp.		168,00
11	Malzf. Schkeud.		176,00
0	do. Wollkämmerei		133,25
40 M.	Mansfelder Kuxe		1068,00
0	Sächs. Kamg.		30,00
0	Sächs. M. P. (Hartm.)		173,00
9	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)		245,00
12	Thür. Gasges. Spz.		245,00
12	do. Stamm-Pr.		215,50
8	St.-Thür. Br.-V. St.		— —
7 1/2	do. St.-Prior.		117,50
7 1/2	Zeitzer Par. u. S.-A.		101,00
—	do. do. Oblig.		102,00
6 3/4	Zuckerraff. Halle		123,00

%	Ausl. Eisenb.-Pr.-Obl.	
3 1/2	Aussig-Teplitzer	97,10
4	Böhm. Nordbahn	100,70
5	do. do. Gold	99,70
4	Buschtiehr. 1895 (stfr.)	98,00
4	do. do.	106,00
5	do. Em. 1883/71/72	103,00
4 1/2	do. Gold	93,00
5	Duz-Bodenbach	102,50
5	do. Em. 1871	110,25
5	do. do. 1876	65,25
4 1/2	Graz-Köflacher	103,75
6	do. Em. v. 1871 u. 72	99,00
4	Kaschau-Oderberg	107,00
4	Prag-Dux Gold	— —
5	do. Gold	— —
5	Prag-Turnau	— —

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990315017/fragment/page=0004